

Die Schweiz belegt erneut den (Spitzenplatz im europäischen Reformbarometer)

31.03.2011

Auf einen Blick

Im Vorfeld des EU-Frühjahrgipfels von letzter Woche veröffentlichte BUSINESSEUROPE den europäischen Reformbarometer 2011. Dieser bewertet die globale Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der EU-Mitgliedsstaaten sowie Islands, Norwegens und der Schweiz. Der Reformbarometer ist ein wichtiges Instrument zur frühzeitigen Erkennung von Leistungsdefiziten einer Volkswirtschaft. Wie letztes Jahr erreicht die Schweiz auch in diesem Jahr den Spitzenplatz.

Der Reformbarometer von BUSINESSEUROPE misst die Leistung eines Landes anhand von 34 Indikatoren in fünf Themenfeldern. Für jedes Land werden zu den Themenfeldern „Produktivität und Investitionen“, „Handel und Wettbewerbsfähigkeit“, „Arbeit, Beschäftigungsgrad und Anzahl geleisteter Arbeitsstunden“, „Öffentliche Finanzen und deren Nachhaltigkeit“ sowie „Finanzstabilität“ der aktuelle Rang sowie die Veränderung zum Vorjahr tabellarisch aufgezeigt. Neben dem Hauptdokument, das dem Ländervergleich dient, sind die Daten auch für jedes Land einzeln aufbereitet worden.

Die Schweiz befindet sich bei vielen Indikatoren in der Spitzengruppe aller ausgewiesenen Länder. Vor allem im Themenbereich „Arbeit, Beschäftigungsgrad und Anzahl geleisteter Arbeitsstunden“ zählt die Schweiz bei fünf von sieben Indikatoren zu den besten fünf Ländern. Im Vergleich zum letztjährigen Ranking konnte sich die Schweiz insbesondere in Bezug auf den Beitrag des Nettoexports zum Wachstum des BIP stark verbessern, während sie im Bereich der relativen Lohnstückkosten am stärksten zurückfiel. In Bezug auf die Gesamtleistung weist einzig Norwegen ähnlich starke Werte wie die Schweiz auf. Unter den besten EU-Ländern befinden sich Deutschland, Schweden und Österreich.

Auch in der jüngst erschienenen Mitteilung zur Erwerbslosenquote im vierten Quartal 2010 des Bundesamts für Statistik (BFS) nimmt die Schweiz mit einer Quote von 4,2 Prozent einen weiteren Spitzenplatz ein. Einzig die beiden Länder Norwegen (3,2 Prozent) und Österreich (4,1 Prozent) weisen etwas tiefere Werte auf.